

## **Die Alternative für Tempelhof-Schöneberg**

### **Thesenpapier 2016**

#### **1. Bezirk**

Die AfD Tempelhof-Schöneberg fordert, dass die Politik für ihr Handeln stets Verantwortung übernimmt. Transparenz aller Entscheidungen und klare Verantwortlichkeiten sind für uns Grundvoraussetzungen politischen Handelns.

#### **Wartezeiten in den Bürgerämtern reduzieren**

Die langen Wartezeiten in den Bürgerämtern sind unzumutbar. Da die Bürgerämter Dienstleister der Bevölkerung sind, besteht ein Anspruch auf Effizienz, Bürgernähe und Kundenfreundlichkeit. Deshalb fordern wir die Aufstockung des Personals und die Ausweitung der Öffnungszeiten.

#### **Bargeldverbot im Bürgeramt aufheben**

Wir sprechen uns gegen das vom Bezirksamt für die Bürgerämter verordnete Bargeldannahmeverbot aus. Gerade das Bezirksamt darf sich geltendem Recht nicht widersetzen, nach dem eine Verpflichtung zur Bargeldannahme besteht. Das Bargeldannahmeverbot für die Bürgerämter ist daher sofort zu beenden, was auch unter dem Aspekt des Datenschutzes sinnvoll wäre. Bargeld ist geprägte Freiheit und gelebter Datenschutz!

#### **Altersarmut bekämpfen**

Die zunehmende Altersarmut stellt ein immer größer werdendes gesellschaftliches Problem dar. Oft stehen Menschen nach dem Ende ihres Arbeitslebens vor existenziellen Problemen, vereinsamen und können die Kosten für Wohnung und Lebensunterhalt kaum noch aufbringen. Die AfD Tempelhof-Schöneberg fordert daher, dass die bezirklichen Sozialdienste ältere Menschen präventiv informieren und unterstützen, um sie vor Isolation, Obdachlosigkeit und Unterernährung zu bewahren.

## **Haushalt**

Im vergangenen Jahr war der Bezirk Tempelhof-Schöneberg von einer Haushaltssperre betroffen. Diese hatte zur Folge, dass viele für die Bürger wichtige Stellen, z.B. im Umfeld von Schulen, nicht direkt besetzt und dringliche Projekte nicht unterstützt werden konnten.

Im Bezirk Tempelhof-Schöneberg verfestigt sich Misswirtschaft und wird immer mehr zum Normalzustand. Im Falle einer Haushaltssperre dürfen demzufolge nur Ausgaben getätigt werden, die entweder auf rechtlichen Verpflichtungen beruhen (z. B. für Gehälter) oder als „unabweisbar erforderlich“ festgestellt wurden, z. B. für Strom, Heizung etc. Um solche „unabweisbar erforderlichen“ Ausgaben handelt es sich jedoch, wie wir meinen, keinesfalls bei den hohen Kosten für Dienstreisen, ideologisch motivierten Prestigeprojekten des Bezirksamtes und auch nicht bei Projekten, die das Gender Mainstreaming voranbringen sollen.

## **Vereine und Ehrenamt fördern**

Vereine haben eine zentrale Bedeutung für den Zusammenhalt der Gesellschaft und übernehmen viele Aufgaben für das Gemeinwohl. Beispielsweise das Ehrenamt in der Freiwilligen Feuerwehr, in Sportvereinen und vielfältigen Initiativen wollen wir fördern. Anträge und Anfragen sind derzeit für Vereine und Interessengruppen mit einem enormen bürokratischen Aufwand verbunden. Wir fordern, dass es in Zukunft einen zentralen Ansprechpartner im Bezirksamt für deren Bearbeitung gibt.

## **Kleingartenkolonien schützen**

Wir fordern, dass die Kleingartenkolonien im Bezirk Bestandsschutz erhalten, da sie für Naturnähe, Naturschutz (z.B. durch Verzicht auf Pestizide), Gartenkultur, sozial förderliches Gemeinschaftsleben und Naherholung stehen. Die Umwandlung von Kleingartenkolonien in Bauland lehnen wir daher grundsätzlich ab.

## **2. Direkte Demokratie, Volksgesetzgebung schützen**

Die vom Bürger, dem obersten Souverän unseres Gemeinwesens, direkt per Volksentscheid erlassenen Gesetze dürfen nicht durch einfache Änderungsgesetze des Parlaments aufgehoben werden, wie es im Fall der 2014 durch die Bevölkerung abgelehnten Bebauung des ehemaligen Flughafens Tempelhof passiert ist.

Die Abgeordneten hatten sich damit eindeutig – und ohne einen direkten Widerspruch der Wahlbevölkerung fürchten zu müssen - über den Willen ihrer Wähler hinwegsetzen können. Das darf zukünftig nicht mehr möglich sein.

Wir fordern, dass Volksentscheide gegen Änderungsgesetze des Abgeordnetenhauses von Berlin besonders geschützt werden müssen, um den prinzipiellen Organisationsvorsprung eines Parlaments gegenüber den Trägern eines Volksentscheides ausgleichen zu können.

Wir fordern daher, dass in solchen Fällen nur 2,5% der Wahlberechtigten – und damit ein vergleichsweise geringes Quorum - einen Volksentscheid über ein korrigierendes Änderungsgesetz des Abgeordnetenhauses von Berlin beantragen können, und dass das Inkrafttreten eines solchen Änderungsgesetzes von dem Ergebnis dieses zweiten Volksentscheids abhängig gemacht wird.

## **3. Gender Mainstreaming**

Wir fordern eine Beendigung des Gender Mainstreamings im Bezirk. Die naturgegebenen Unterschiede der Geschlechter zu leugnen, ist realitätsfremd, ideologiesteuert und geeignet, die Bürokratie weiter aufzublähen.

Im Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg schlägt sich das u.a. in den ideologisch bedingten Falschschreibungen „Bürger\_innen, Polizist\_innen, Lehrer\_innen“ etc. nieder. Wir lehnen solche Verunstaltungen der deutschen Sprache, die als „Gendern“ (Anwendung der Gender Mainstreaming-Ideologie) bezeichnet werden, vehement ab.

Verständlichkeit und sprachliche Richtigkeit, auf die der Bürger einen Anspruch hat, bleiben hier auf der Strecke.

Die Ideologie des sogenannten Gender Mainstreaming, für die die natürliche Geschlechterordnung bloßes soziales Konstrukt ist, lehnen wir ab, weil sie einer wissenschaftlichen Grundlage entbehrt. Wir unterstützen keine von dieser Ideologie hergeleiteten Projekte, wie z.B. die Schaffung von Unisextoiletten in öffentlichen Gebäuden, Geschlechterquoten und Genderampeln. Projekte, die „Gender Mainstreaming“ als Ziel haben, dürfen grundsätzlich nicht mit Bezirksmitteln finanziert werden. Die AfD Tempelhof-Schöneberg bekennt sich zur Gleichberechtigung der Geschlechter, wie sie in unserem Grundgesetz in Art. 3 Absatz 2 festgeschrieben und in weiten Teilen unserer Gesetzgebung bereits verankert ist. Mann und Frau müssen sich stets als Bürger gleichen Rechts begegnen. Der Staat hat darüber zu wachen, dass Diskriminierungen aufgrund des Geschlechts unterbleiben und dass staatliche Leistungen jedermann, ohne Ansehen des Geschlechts, zugutekommen.

#### **4. Gesundheit**

Wir fordern eine wohnortnahe Krankenversorgung.

##### **Krankenhäuser**

So müssen etwa im Notfall Krankenhäuser, Notaufnahmeeinrichtungen und Arztpraxen schnell und gut erreichbar sein. Die Situation in Tempelhof-Schöneberg ist derzeit gut – unsere Jüngsten werden in der Kindernotaufnahme im St. Joseph-Krankenhaus, Schlaganfallpatienten etwa am Auguste-Viktoria-Klinikum und verunfallte Patienten u.a. im Wenckebach-Klinikum gut versorgt.

Für die Zukunft wird ein Krankenhaussterben erwartet; auch in Berlin sollen viele Kliniken schließen. Die AfD Tempelhof-Schöneberg setzt sich für eine Aufrechterhaltung der guten Krankenversorgung im Bezirk ein. Vor allem Senioren und Familien mit Kleinkindern müssen auch in Zukunft wohnortnah sowohl in Arztpraxen als auch in Krankenhäusern gut versorgt werden.

## **HIV**

HIV-Infektionen und andere sexuell übertragbare Krankheiten sind oft vermeidbar, vor allem wenn Risikogruppen über Infektionswege aufgeklärt werden. Wenn z.B. HIV-Infektionen frühzeitig erkannt werden, lassen sich Infektionen weiterer Personen oft verhindern. Insbesondere rund um den Nollendorfplatz und die Kurfürstenstraße sollten Aufklärungsprojekte und Angebote von anonymen Schnelltests ausgeweitet werden.

## **5. Migration**

Die AfD Tempelhof-Schöneberg unterscheidet zwischen Asyl und Einwanderung. Wir fordern von allen Einwanderern vielfältige Integrationsanstrengungen und betrachten die Integration als Bringschuld der Einwanderer. Asylanträge müssen schnellstmöglich entschieden, abgelehnte Bewerber konsequent abgeschoben und anerkannten Asylbewerbern nach Entfallen des Asylgrundes schnellstmöglich die Rückkehr in ihre Heimat ermöglicht werden.

Die Gesetze und die Alltagskultur unseres Gemeinwesens sind dabei ohne Wenn und Aber anzuerkennen. Dazu gehört auch die Akzeptanz und Toleranz gegenüber in Deutschland vertretenen Lebensentwürfen und religiösen Bekenntnissen, die im Heimatland der Zuwanderer nicht offen gelebt werden dürfen oder dort sogar einer sozialen oder staatlichen Verfolgung ausgesetzt sind.

### **Bezirkliche Obergrenze für Zuwanderung**

Wir fordern eine bezirkliche Obergrenze für Asylbewerber, anerkannte Asylbewerber/ Asylanträge und Personen mit einem Aufenthaltsstatus aufgrund von humanitären Gründen. Die Aufnahmekapazität des Bezirks Tempelhof-Schöneberg sehen wir als erschöpft an.

### **Gegen Parallelgesellschaften**

In Teilen des Bezirks besteht die Gefahr, dass sich Parallelgesellschaften verfestigen und weiter ausbreiten. Dem ist entgegenzuwirken. Nur wer sich integrieren will, kann vollgültiger Teilhaber unserer Gesellschaft werden und von ihr profitieren. Extremistische Moscheen im Bezirk Tempelhof-Schöneberg müssen beobachtet und ggf. geschlossen werden.

## **Für Spracherwerb**

Da der Spracherwerb ein wesentlicher Schlüssel zur Integration ist, fordern wir, dass verpflichtende Deutschkurse für Einwanderer im Bezirk eingerichtet werden. Eine Teilnahmeverweigerung oder Nichterscheinen muss mit angemessenen Sanktionen (Mittelkürzung, Bußgelder etc.) geahndet werden.

## **Gegen eine Massenunterbringung von Asylbewerbern auf dem Flughafen Tempelhof**

Die Ausweitung von Massenunterkünften, die in der Konsequenz zur Errichtung neuer Stadtteile („13. Bezirk“) führen, lehnen wir ab. Insbesondere auf dem Flughafen Tempelhof, auf dem entgegen dem Volksentscheid zur Nichtbebauung bis zu vier Containerquartiere nebeneinander gebaut werden sollen, besteht die Gefahr einer Ghettoisierung.

## **5. Sicherheit durch Ordnung**

Die AfD Tempelhof-Schöneberg fordert Sauberkeit und Ordnung im öffentlichen Raum. Verschmutzung und Verwahrlosung begünstigen das Entstehen von Kriminalität. Vor allem die Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung und das Einschreiten gegen die vielfältigen Formen der Verwahrlosung kann die Sicherheit der Bürger garantieren.

### **Gegen Straßenprostitution und Drogenhandel**

Wir fordern das Verbot der Straßenprostitution sowie die konsequente Verfolgung des Drogenhandels.

### **Gegen Graffiti-Schmierereien**

Viele Graffiti –Sprayer verunstalten privates und öffentliches Eigentum und begehen damit Sachbeschädigungen. Solche Aktivitäten sind nicht Ausdruck von Kreativität, sondern von Verwahrlosung und Zerstörungswut, die in keiner Weise toleriert werden dürfen. Auf bezirkseigenen Gebäuden entdeckte Graffiti-Schmierereien sind unverzüglich zu beseitigen.

### **Für eine bürgernahe Polizeipräsenz**

Wir fordern die Rückkehr zu einer bürgernahen Polizeipräsenz mit örtlichen Kontaktbereichsbeamten in den Innenstadtbezirken und den konsequenten Einsatz des Allgemeinen Ordnungsdienstes bei der Bekämpfung von Ordnungswidrigkeiten.

Durch Beobachtung der Entwicklung in den Ortsteilen und Kiezen

(Bevölkerungsentwicklung, Ausländeranteil, Jugendkriminalität, Schulschwänzen usw.) entsteht ein Frühwarnsystem, das die negative Veränderung eines Quartiers anzeigt. Ein solches Frühwarnsystem wäre auf bezirklicher Ebene zu entwickeln.

### **Für eine Vernetzung der bezirklichen Behörden**

Im Bezirk bedarf es deshalb der stärkeren, institutionalisierten Vernetzung und ressortübergreifenden Zusammenarbeit verschiedener Behörden (wie z.B. Schulen, Jugendhilfe, Polizei, Ordnungsamt, Ausländerbehörde, Sozialamt, Stadtplanung und Bauordnung sowie der Justiz). Nur wenn alle zuständigen Stellen regelmäßig an einem Tisch sitzen und alle entscheidenden Informationen frühzeitig zusammentragen, können zielgerichtete Maßnahmen und Strategien festgelegt und umgesetzt werden.

## **6. Verkehr**

### **Begegnungszone Maaßenstraße**

Wir fordern das Ende einer ideologischen und nicht sachlich begründeten Verkehrsplanung.

Das Experiment der sogenannten Begegnungszone Maaßenstraße, das Vorzeigeprojekt des ehemaligen Stadtentwicklungssenators und jetzigen Regierenden Bürgermeisters Michael Müller, ist gescheitert. Für Anwohner, Gewerbetreibende und Passanten sind im Ergebnis die Anfahrtswege verlängert worden. Suchverkehre sowie neue Konfliktpunkte zwischen Fußgängern, Autofahrern und Fahrradfahrern sind neu entstanden. Nach einer Klärung des Sachstandes unter Beteiligung der Bürger ist ein Rückbau des Umbaus der Maaßenstraße umgehend vorzunehmen.

### **Dresdner Bahn**

Es ist nicht hinnehmbar, dass durch ein dicht bewohntes Gebiet zukünftig Tag für Tag mehrere hundert Züge ebenerdig fahren sollen, obwohl eine Untertunnelung der Bahnstrecke möglich und finanzierbar ist. Wir fordern daher die Bundesregierung und die Deutsche Bahn AG auf, sich mit den Anwohnern auf die seit ca. 18 Jahren geforderte Tunnellösung zu verständigen, da sie den Gesundheitsschutz der Bevölkerung und die schnelle Bahnanbindung des BER gleichermaßen garantiert.

### **Bessere ÖPNV-Anbindung**

Das Gesamtkonzept des ÖPNV zur besseren Anbindung der Stadtrandgebiete bedarf sorgfältiger Überprüfung. U.a. zur Entlastung des Verkehrs auf der B96 wäre der Ausbau der U6 vorstellbar.

### **Für einen „Leisen Südring“**

Die Deutsche Bahn AG plant, die alte Güterverkehrsstrecke auf dem Südring ohne erneute Planfeststellung und ohne effektiven Lärmschutz für die Anwohner wieder in Betrieb zu nehmen. Wir sprechen uns gegen dieses Vorhaben aus, da der Gesundheitsschutz der Bevölkerung Vorrang hat.

### **Tempo 30-Zonen**

Die flächendeckende, ungeprüfte, allein politisch-ideologisch motivierte Einführung von Tempo-30-Zonen lehnen wir ab. Ausnahmen sind nur aufgrund der speziellen Verkehrssicherheitslage vor Ort zu machen.

### **Für Rechtsabbieger-Pfeile an Ampeln**

Rechtsabbiegerpfeile ermöglichen einen zügigen Autoverkehr. An Stellen, an denen die Verkehrssicherheit nicht beeinträchtigt wird, fordern wir daher die Anbringung von Rechtsabbiegerpfeilen.



### **Fahrradwege**

Aus Gründen der Sicherheit und des Verkehrsflusses sind bestehende Fahrradwege instand zuhalten und neue anzulegen, bei vorhandenem Platz vorzugsweise auf dem Bürgersteig. Die Benutzung der Radwege sollte im Anschluss auch konsequent vorgeschrieben werden.

### **Parkraumbewirtschaftung**

Die AfD Tempelhof-Schöneberg lehnt die Einrichtung weiterer Parkraumbewirtschaftungszonen ab und fordert für die bestehenden eine Kosten-Nutzen-Analyse.